

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bischofswerda, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich Man, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verlagspreis Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg., im Teilzeit die 90 mm breite Millimeterzeile 50 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 84

Donnerstag, den 11. April 1929.

84. Jahrgang

Die Stellung des Reichskabinetts erschüttert.

Tageschau.

In der Sitzung des Vorstandes des Sächsischen Landbundes wurde beschlossen, für die nächste Landtagswahl eine eigene Vorzugsliste aufzustellen und der Einheitsfront der bürgerlichen Parteien beizutreten.

Am Dienstagvormittag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei zwei Stimmhaltungen mit 93 gegen 29 Stimmen beschlossen, gegen die zweite Rate des Panzerkreuzers zu stimmen. Dadurch sind die Verhandlungen um die Schaffung der Großen Koalition aussichtslos geworden. Die Stellung des Kabinetts Müller gilt als erschüttert.

In den Pariser Verhandlungen forderte man neuerdings 37 Jahreszahlungen von 1900 bis 2700 Millionen. Dann sollen noch die interalliierten Schulden an Amerika mit Jahreszahlungen von 1900 Millionen von Deutschland gezahlt werden.

Der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei nahm am Dienstag in einer Entschließung Stellung zur Frage der Reichsreform.

In Jhehor in Schleswig-Holstein begann am Dienstagvormittag der Prozeß gegen 57 Landwirte, die im November v. J. an den Anruhen in Beidenfleth beteiligt waren.

In dem Lokaltermin, der am Dienstag auf Schloß Jannowitz stattfand, erklärten die Schlichtungsverständigen Verantwortlichen für wahrheitsfalsch.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Die Sozialdemokraten stimmen gegen den Panzerkreuzer.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstagvormittag zusammen. Den Bericht über die Verhandlungen der Finanzsachverständigen und der Parteiführer erstatteten die Abgeordneten Herz und Breitscheid. Nach eingehender Diskussion, in der vor allem das ultimative Verlangen der bürgerlichen Parteien nach Aufgabe der bisherigen Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zum Panzerkreuzer erörtert wurde, beschloß die Fraktion bei Anwesenheit von 124 Mitgliedern mit 93 gegen 29 Stimmen und zwei Stimmhaltungen bei der bisherigen Haltung in der Panzerkreuzerfrage zu bleiben.

Diese Halsstarrigkeit der Sozialdemokratie und das Festhalten an einem dogmatischen Punkt hat die innerpolitische Lage aufs neue verschärft. Die Koalitionsverhandlungen sind aussichtslos geworden und man rechnet mit dem Rücktritt des Reichskabinetts.

Ueber die Lage, die durch den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion herbeigeführt wurde, wird uns aus Berlin gemeldet:

Das Kabinett Müller-Franken ist stark gefährdet, wird sich vielleicht in den nächsten Stunden schon zur Gesamtdemission gezwungen sehen. Eine Stellungnahme des Gesamtkabinetts ist noch nicht erfolgt. Ueber die Reichskanzler vorher angekündigt hatte, daß er aus einem ablehnenden Beschluß seiner Fraktion die Konsequenzen ziehen würde, war die allgemeine Auffassung, daß

mit der Gesamtdemission des Kabinetts Müller-Franken als unmittelbarer Folge

gerechnet werden müsse. Auf diesen schlimmen Ablauf der Koalitionsverhandlungen war die öffentliche Meinung nicht vorbereitet. In keinem Stadium der Verhandlungen während der letzten 10 Monate schien die Große Koalition, die die Stabilität des Regierungsturmes sichern sollte, so greifbar nahe wie diesmal. Die Steuer- und Sachverständigen der Fraktionen hatten im stillen ausgeglichene Vorarbeit geleistet und man weiß, zu welchen Vereinbarungen sie geführt hat, auf welche Abstriche im Etat man sich verständigt hatte. Das vielumstrittene Haushaltsgesetz für 1929 schien so gut wie unter Dach und Fach gebracht und über dieses Etatgesetz hinaus waren schon zwischen den fünf Parteien, die sich zu der neuen Mehrheit zusammenschließen wollten, Vereinbarungen für die nächste parlamentarische Zukunft getroffen. Das

all diese Arbeit nutzlos.

all das Erreichte hinfällig werden würde, um der zweiten Baurate willen, die in dem Etat für den Panzerkreuzer „A“

angefordert wird, konnte man nicht erwarten, wenn auch unterrichtete Politiker darum wußten, daß die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Abstimmung über diese Etatposition in den Besprechungen zwischen Regierung und Parteiführer am Montag eine wichtige Rolle gespielt hat. Die bürgerlichen Parteien wollten die Gewißheit, daß die Sozialdemokraten ihren vom Reichstag schon einmal abgelehnten Antrag auf Einstellung des Kreuzerbaues nicht erneuern, daß sie aber auch nicht für einen von den Kommunisten eingebrachten Antrag auf Streichung der Baurate stimmen. Es wurde kein Einwand dagegen erhoben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei dieser Etatposition Stimmhaltung übt.

Nur gegen die zweite Baurate sollte sie nicht stimmen. Der Abgeordnete Weis hatte in der Besprechung am Montag Zweifel darüber geäußert, ob die sozialdemokratische Fraktion eine solche Verpflichtung eingehen würde. Trotzdem rechnete man damit, daß die Sozialdemokratie zumindest eine Festlegung vermeiden würde. Um so mehr mußte es überraschen, daß die Reichstagsfraktion nicht nur einen positiven Beschluß faßte, sondern daß auch eine so große Mehrheit sich in dem Sinne aussprach, daß die zweite Baurate direkt abgelehnt werden müsse. Ob bei diesem Beschluß wirklich, wie behauptet wird,

die Bestimmung über ein „Ultimatum“ des Zentrumsführers Dr. Kaas

entscheidend mitgewirkt hat, das klingt wenig glaubhaft. Prälat Dr. Kaas hat nach der bekannten Parteiführerbesprechung in der Reichskanzlei an den Reichskanzler einen persönlichen Brief geschrieben, in dem er aussprach, daß es für das Zentrum untragbar wäre, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich nicht mit Stimmhaltung begnüge, sondern die zweite Baurate für den Kreuzer positiv ablehnen würde. Der Reichskanzler hat diesen Brief des Zentrumsführers an seine eigene Fraktion weitergegeben und im Beratungszimmer der Sozialdemokratie hat man dieses „Ultimatum“ des Prälaten Dr. Kaas so aufgefaßt, als sei es dem Zentrum gar nicht so ernst um die große Koalition, weil es sonst, so wurde gefolgert, die Sozialdemokratie nicht derart unter Druck setzen würde. Wir glauben, daß man den Brief des Prälaten Kaas gründlich mißverstanden hat, wenn er auch besser ungeschrieben geblieben wäre. Ueber selbst, wenn die Sozialdemokratie sich ungeachtet behandelte glaubte, dürfte sie doch nicht zu einem Beschluß kommen, der zumindest die Existenz des von ihren Parteigenossen geführten Reichskabinetts gefährdete, darüber hinaus aber noch ungeahnte politische Fährnisse schaffen kann.

Man hofft auf einen Weg der Einigung.

Berlin, 10. April. Die WTB. von unterrichteter Seite erzählt, werden die Verhandlungen der Fraktionen am Mittwoch weitergeführt. Es ist allseitig das Bestreben vor-

handen, die durch die eingehenden Verhandlungen der Fraktionen gewonnenen Ergebnisse für die kommenden Etatsberatungen nutzbar zu machen. Es wird angenommen, daß dafür am heutigen Tage der Weg der Einigung gefunden werden wird.

Das Reichskabinett trat um 11 Uhr zur Besprechung der politischen Lage zusammen.

Die Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler.

Berlin, 9. April. Die Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler zog sich bis gegen 10 Uhr hin. Wie das Nachrichtenbüro des WTB. erzählt, soll in dieser Besprechung eine Formel gefunden worden sein, die am Mittwoch Gegenstand einer Kabinettsitzung sein wird und die es der Regierung ermöglichen soll, den Etat auf der Grundlage der bekannten Vereinbarungen der Finanzsachverständigen der fünf Parteien mit Unterfützung dieser Parteien — wenn auch zunächst ohne koalitionsmäßige Bindung — zur Verabschiedung zu bringen. Es wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß ein Ausschuß gebildet wird, der, ohne direkt ein interfraktioneller Ausschuß zu sein, der Verhandlung zwischen den fünf Fraktionen dienen soll. Die Fraktionen nahmen nach der Besprechung beim Reichskanzler die Berichte ihrer Unterhändler entgegen. Dabei wurde festgestellt, daß das Ersuchen an die Sozialdemokraten, nicht gegen den Panzerkreuzer zu stimmen, nicht als Ultimatum aufzufassen sei. Das bisherige Regierungsverhältnis würde also nach Ansicht parlamentarischer Kreise nicht geändert werden, auch wenn die Sozialdemokraten gegen den Panzerkreuzer stimmen und das Zentrum vorläufig nicht im Kabinett vertreten ist. Die Bemühungen um die Schaffung der großen Koalition können damit einwelen als gescheitert angesehen werden. Für Mittwoch sind neue Fraktionsführungen in Aussicht genommen. Im Laufe des Mittwochvormittags wird auch eine neue Parteiführerbesprechung beim Reichskanzler stattfinden.

Die für Mittwoch angeordnete Sitzung des Haushaltsausschusses, in der mit der Etatberatung begonnen werden sollte, ist vorläufig verschoben worden. Desgleichen soll der Kabinettsrat sich morgen darüber schlüssig werden, ob auch die für den 16. April angeordnete Sitzung des Plenums einige Tage später stattfinden soll.

Der Brief des Zentrumsführers Dr. Kaas.

Berlin, 9. April. Wie das Nachrichtenbüro des WTB. aus parlamentarischen Kreisen hört, hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abg. Dr. Kaas, wegen der Rede, die der Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) am Sonntag in Köln gehalten hat, ein Schreiben an den Reichskanzler Müller gerichtet. Der Abgeordnete Dr. Breitscheid hat in seiner Rede erklärt, die bürgerlichen Parteien der Mitte würden das soeben zustandegekommene Finanzkompromiß an der Panzerkreuzerfrage nicht scheitern lassen. In seinem Schreiben an den Reichskanzler Müller behauptet Abg. Dr. Kaas diese Äußerung und erinnert an die vom Abg. Dr. Wirth im Auftrag der Zentrumsfraktion anlässlich der Verhandlungen über die erste Rate für den Panzerkreuzer abgegebene Erklärung, in der gefordert wurde, daß namentlich die Panzerkreuzerfrage aus der politischen Erörterung verschwinden müsse.

Neue erhöhte Forderungen in Paris.

37 Jahreszahlungen von 1900 bis 2700 Millionen jährlich steigend, dann noch die Deckung der interalliierten Schulden an Amerika.

Dauernde Knechtschaft.

Paris, 10. April. Zum Stand der Verhandlungen der vier Delegationen der Gläubigerstaaten innerhalb der Reparationskonferenz schreibt Matin, die vier Delegationen und Owen Young hätten am Dienstag nachmittags mit Dr. Schacht Fühlung nehmen sollen. Aber sie sind im letzten Augenblick gezwungen gewesen, davon Abstand zu nehmen. Die französischen, englischen und belgischen Sachverständigen sind nämlich zu der Erkenntnis gekommen, daß die in der Nacht zum Dienstag von ihren Mitarbeitern angestellten Berechnungen nahezu jedermann, vor allem aber den italienischen Delegierten direkt, katastrophal wären.

Beste Parteien sagt zu den zur Debatte stehenden Ziffern: Die Streitfragen beziehen sich auf den Betrag für die Reparationen im eigentlichen Sinne. Wenn man die Gesamtsumme der Entschädigung, die man von Deutschland fordert, auf eine Milliarde (als Schlüsselziffer) schätzt, dann würde das Reich zu Beginn Annuitäten von 1900 Millio-

nen zu bezahlen haben, die auf 2700 Millionen steigen und nach 37 Jahren, also nach Tilgung der eigentlichen Reparationssumme, auf 1700 Millionen zur Deckung der interalliierten Schulden zurückgehen würden. Da Dr. Schacht sich kategorisch weigert, höhere Ziffern als die Normal-Annuität des Dawesplanes von 2,5 Milliarden in Ermüdung zu ziehen, bemühen sich die Gläubiger, eine Verständigung über eine Entschädigungsziffer von weniger als einer Milliarde zu suchen. Man spricht jetzt von 750 Millionen, was eine Anfangsannuität von 1650 Millionen ergeben würde.

Im übrigen berichtet Koenig: Wenn man sich nicht verständigt, wird, wie man versichert, der Vorsitzende der Konferenz, Owen Young, ein provisorisches Abkommen für die Dauer von 15 Jahren auf Grund eines von dem Dawesplan ziemlich verschiedenen Zahlungsplans vorschlagen. Gestern ist sogar das Gerücht im Umlauf gewesen, daß die amerikanische Delegation bereit wäre, eine derartige Lösung vorzuschlagen. Aber das Blatt fragt selbst, ob es sich hierbei nicht um einen Versuchsaßon handle, da die übrigen